

Nr. 325**Verwaltungsgerichtskostengesetz**

- s. a. Drucksache II/205 -

**Regierungsvorlage:
- Drucksache II/205 -****Fassung des Rechts- und Geschäftsordnungs-
ausschusses vom 14. Mai 1952:**

Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Der Landtag von Rheinland-Pfalz hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

I. Abschnitt**Allgemeine Bestimmungen****§ 1**

In den Verfahren vor den Verwaltungsgerichten werden Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) nach Maßgabe dieses Gesetzes erhoben.

§ 2

Die Gebühren werden nach dem Werte des Streitgegenstandes berechnet.

§ 3

(1) Der Wert des Streitgegenstandes wird von dem Gericht nach freiem Ermessen festgesetzt.

(2) Die Festsetzung erfolgt in der zur Sache ergehenden Entscheidung oder in einem besonderen Beschluß.

(3) In zweifelhaften Fällen kann das Gericht die Beteiligten zur Erklärung auffordern und eine Beweisaufnahme anordnen.

(4) Die Vorschriften über die Wertfestsetzung für die Ermittlung der Berufungssumme (§ 72 des Landesgesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 14. April 1950 - GVBl. S. 103 - VGG -) bleiben unberührt.

§ 4

(1) Bei vermögensrechtlichen Streitigkeiten wird der Wert des Streitgegenstandes durch seinen Kapitalwert bestimmt. Dazu tritt der Wert der bis zum Tage der Erhebung der Klage rückständigen Nutzungen, soweit sie Gegenstand des Streites sind.

(2) Der Wert eines Rechts auf wiederkehrende Nutzungen oder Leistungen wird nach dem Werte des einjährigen Bezuges berechnet, und zwar auf den 12 $\frac{1}{2}$ -fachen Betrag, wenn der künftige Wegfall des Bezugsrechtes gewiß, die Zeit des Wegfalls aber ungewiß ist, und auf den 25fachen Betrag bei unbeschränkter oder bestimmter Dauer des Bezugsrechtes. Bei bestimmter Dauer des Bezugsrechtes ist der Gesamtbetrag der künftigen Bezüge maßgebend, wenn er geringer ist.

§ 5

(1) Bei nichtvermögensrechtlichen Streitigkeiten beträgt der Wert des Streitgegenstandes regelmäßig 2000 Deutsche Mark. Er kann nach Lage des Falles auf einen höheren Betrag, jedoch nicht über 1 Million Deutsche Mark oder auf einen niedrigeren Betrag, jedoch nicht unter 200 Deutsche Mark festgesetzt werden.

I. Abschnitt**Allgemeine Bestimmungen****§ 1**

In den Verfahren vor den Verwaltungsgerichten werden Gerichtskosten (Gebühren und Auslagen) **nur** nach Maßgabe dieses Gesetzes erhoben.

§ 2

unverändert

§ 3

unverändert

§ 4

unverändert

§ 5

unverändert

Regierungsvorlage:
- Drucksache II/205 -

Fassung des Rechts- und Geschäftsordnungs-
ausschusses vom 14. Mai 1952:

(2) Ist mit einem nichtvermögensrechtlichen Anspruch ein aus ihm hergeleiteter vermögensrechtlicher verbunden, so ist nur ein Anspruch, und zwar der im Wert höhere, maßgebend.

(3) Bei Streitigkeiten, die die Erfassung, Belegung oder Freimachung von Grundstücken, Gebäuden oder Gebäudeteilen zum Gegenstand haben, ist maßgebend der Betrag des auf die streitige Zeit entfallenden Miet- und Pachtzinses, mindestens der Betrag des einjährigen Zinses.

§ 6

§ 6

(1) Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der Erhebung der Klage, in der Rechtsmittelinstantz der Zeitpunkt der Einlegung des Rechtsmittels entscheidend.

(2) Mehrere in einer Klage geltend gemachte Ansprüche werden zusammengerechnet.

(3) Ist der Wert des Streitgegenstandes bei dem Erlaß des Urteils oder der anderweitigen Beendigung der Instanz höher als im Zeitpunkt der Erhebung der Klage oder der Einlegung des Rechtsmittels, so ist den in der Instanz entstandenen Gebühren der höhere Wert zugrunde zu legen. In der Zwangsvollstreckung ist für die Wertberechnung der Zeitpunkt der die Zwangsvollstreckung einleitenden Prozeßhandlung entscheidend.

unverändert

§ 7

§ 7

Soweit Klage und Widerklage denselben Streitgegenstand betreffen, sind die Gebühren nach dem einfachen Wert dieses Gegenstandes zu berechnen, andernfalls sind die Gegenstände zusammenzurechnen.

unverändert

§ 8

§ 8

§ 94 Abs. 1 VGG erhält folgende Fassung:

„(1) Die Gerichtskosten werden für jede Instanz von dem Urkundsbeamten des Gerichts festgesetzt, bei dem die Streitsache anhängig gewesen ist. Die zu erstattenden Aufwendungen der Beteiligten werden auf Antrag von dem Urkundsbeamten des Verwaltungsgerichts der ersten Instanz für alle Instanzen festgesetzt.“

unverändert

§ 9

§ 9

(1) Über Erinnerungen des Zahlungspflichtigen oder der Staatskasse gegen den Ansatz von Gebühren oder Auslagen entscheidet das nach § 94 VGG zuständige Gericht gebührenfrei. Die Entscheidung kann von diesem Gericht sowie von dem Gericht der höheren Instanz von Amts wegen geändert werden.

(1)

unverändert

(2) Gegen die Entscheidung des Gerichts findet Beschwerde nach Maßgabe des § 80 VGG statt. Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 50 Deutsche Mark übersteigt.

(2) Gegen die Entscheidung des Gerichts findet Beschwerde nach Maßgabe der §§ 33 und 80 VGG statt. Die Beschwerde ist nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 50 Deutsche Mark übersteigt.

(3) Erinnerung und Beschwerde können durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle oder schriftlich ohne Mitwirkung eines Prozeßbevollmächtigten eingelegt werden.

(3)

unverändert

(4) Erinnerung und Beschwerde der Staatskasse sind an keine Frist gebunden.

(4)

unverändert

§ 10

§ 10

(1) Gebühren und Auslagen, die bei richtiger Behandlung der Sache nicht entstanden wären, sind niederzuschlagen. Das gleiche gilt von Auslagen, die durch eine von Amts wegen veranlaßte Verlegung eines Termins oder Vertagung einer Verhandlung oder durch eine für begründet befundene Beschwerde entstanden sind.

(1)

unverändert

**Regierungsvorlage:
- Drucksache II/205 -**

**Fassung des Rechts- und Geschäftsordnungs-
ausschusses vom 14. Mai 1952:**

(2) Im Falle der Zurücknahme eines Antrages kann Gebühren- und Auslagenfreiheit gewährt werden, wenn der Antrag auf nichtanzurechnender Unkenntnis der Verhältnisse oder auf Unwissenheit beruht.

(2)

unverändert

(3) In nachgewiesenen Notfällen kann auf Antrag eine Stundung oder Teilzahlung festgesetzter Gerichtskosten bewilligt werden.

(3) Die Teilzahlung, die Stundung und die Niederschlagung von Gerichtskosten sowie die vorübergehende oder endgültige Einstellung des Einziehungsverfahrens richten sich nach den Vorschriften des allgemeinen Haushaltsrechts.

(4) Im Falle bescheinigten Unvermögens kann dem Kostenschuldner vorläufige völlige oder teilweise Niederschlagung festgesetzter Gerichtskosten bewilligt werden. Wenn das Zwangsverfahren fruchtlos ausfällt und keine Aussicht auf spätere Zahlungsfähigkeit des Kostenschuldners besteht, können die einzuziehenden Gerichtskosten endgültig niedergeschlagen werden.

(4) Über die in Absatz 1 und 2 vorgesehenen Anordnungen entscheidet das Gericht.

(5) Über die in Absatz 1 bis 4 vorgesehenen Anordnungen entscheidet das Gericht. Solange nicht das Gericht entschieden hat, können die gleichen Anordnungen im Verwaltungswege getroffen werden.

(5)

entfällt

§ 11

§ 11

(1) Ansprüche auf Zahlung von Gerichtskosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Verfahren durch rechtskräftige Entscheidung über die Kosten oder in sonstiger Weise beendet ist.

(2) Ansprüche auf Rückerstattung von Gerichtskosten verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch entstanden ist. Die Verjährung beginnt jedoch nicht vor dem in Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt.

unverändert

(3) Auf die Verjährung finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches Anwendung. Bei Ansprüchen auf Zahlung von Gerichtskosten wird die Verjährung auch durch die Aufforderung zur Zahlung oder durch eine dem Schuldner bewilligte Stundung unterbrochen. Eine Unterbrechung der Verjährung tritt bei Kostenbeträgen unter 20 Deutsche Mark nicht ein.

**II. Abschnitt
Gebühren**

**II. Abschnitt
Gebühren**

§ 12

§ 12

(1) Für das gesamte Verfahren wird in jeder Instanz nur eine Gebühr erhoben.

(2) Wird ein Rechtsstreit an ein anderes Gericht verwiesen, so bildet das weitere Verfahren vor dem anderen Gericht mit dem bisherigen Verfahren eine Instanz.

unverändert

(3) Wird eine Sache zur nochmaligen Prüfung und Entscheidung an die Verwaltungsbehörde oder das Verwaltungsgericht der ersten Instanz zurückverwiesen, so bildet das erneute Verfahren vor dem Verwaltungsgericht mit dem früheren Verfahren eine Instanz.

§ 13

§ 13

Die volle Gebühr beträgt

a) in der 1. Instanz	b) in der 2. Instanz
bei einem Streitwert bis zu 20 DM einschließlich: 2,— DM	3,— DM
bei einem Streitwert bis zu 60 DM einschließlich: 3,— DM	4,— DM

unverändert

Regierungsvorlage:
- Drucksache II/205 -

Fassung des Rechts- und Geschäftsordnungs-
ausschusses vom 14. Mai 1952:

bei einem höheren Streitwert von dem auf die nächstfolgenden 100 DM aufgerundeten Wert bis zu 2000 DM einschließlich:

5 v. H. 6 v. H.

von dem auf die nächstfolgenden 100 DM aufgerundeten Mehrbetrag bis zu 10 000 DM:

3 v. H. 4 v. H.

von dem auf die nächsthöheren 1000 DM aufgerundeten Mehrbetrag über 10 000 DM:

1 v. H. 2 v. H.

§ 14

Der Mindestbetrag einer Gebühr ist 2 Deutsche Mark. Pfennigbeträge sind auf volle 10 Deutsche Pfennig aufzurunden.

§ 14

unverändert

§ 15

In der Beschwerdeinstanz wird die nach dem Werte des Beschwerdegegenstandes zu berechnende Gebühr nur erhoben, wenn sich die Beschwerde gegen eine Kostenentscheidung richtet oder soweit die Beschwerde als unzulässig verworfen oder zurückgewiesen wird. Zu erheben ist die volle Gebühr nach den Sätzen für die erste Instanz (§ 13). § 16 findet keine Anwendung.

§ 15

unverändert

§ 16

(1) Die für die Instanz zu entrichtende Gebühr erhöht sich um die Hälfte, wenn in der Instanz eine Beweisaufnahme stattgefunden hat.

(2) Hat sich die Beweisaufnahme nur auf einen Teil des Streitgegenstandes bezogen, so tritt eine nach dem Wert dieses Teiles berechnete Erhöhung der Gebühr ein. Hat sich die Beweisaufnahme nur auf die Kosten bezogen, so richtet sich die Erhöhung der Gebühr nach dem Wert der Kosten.

§ 16

unverändert

§ 17

(1) Erledigt sich das Verfahren in der Hauptsache nach Beginn der mündlichen Verhandlung durch

- a) Anerkenntnis,
- b) Verzicht,
- c) Vergleich,
- d) Zurücknahme der Klage vor Erlaß eines Urteils,
- e) Zurücknahme des Rechtsmittels

oder f) in sonstiger Weise, so ermäßigt sich die Gebühr der Instanz auf die Hälfte.

(2) Erledigt sich das Verfahren in der Hauptsache vor Beginn der mündlichen Verhandlung durch

- a) Vorbescheid,
- b) Anerkenntnis,
- c) Verzicht,
- d) Vergleich,
- e) Zurücknahme der Klage,
- f) Zurücknahme des Rechtsmittels

oder g) in sonstiger Weise, so ermäßigt sich die Gebühr der Instanz auf ein Viertel.

(3) Für eine durchgeführte Beweisaufnahme tritt eine Ermäßigung der Gebühr (§ 16) nicht ein.

§ 17

unverändert

§ 18

Sind die Voraussetzungen des § 17 nur für einen Teil des Streitgegenstandes vorhanden, so wird für diesen und den übrigen Teil des Gegenstandes die Gebühr je gesondert berechnet mit der Maßgabe, daß die Einzelgebühren nicht höher sein dürfen als die für den ganzen Streitgegenstand zu berechnende Gebühr.

§ 18

unverändert

**Regierungsvorlage:
- Drucksache II/205 -**

Fassung des Rechts- und Geschäftsordnungsausschusses vom 14. Mai 1952:

§ 19

Für das Verfahren auf Aussetzung der Vollziehung eines Verwaltungsaktes wird ein Viertel der Gebühr (§ 13) gesondert erhoben.

§ 19

unverändert

§ 20

Die Hälfte der Gebühren (§§ 13, 15) wird erhoben für das Verfahren auf Erlaß und für das Verfahren auf nachträgliche Änderung oder Aufhebung einer Einstweiligen Anordnung (§ 64 VGG). Die Gebühr erhöht sich auf die volle Gebühr, wenn auf Grund mündlicher Verhandlung entschieden wird. Eine Gebühr wird nicht erhoben, wenn der Antrag vor Ergehen einer Entscheidung oder Anordnung einer mündlichen Verhandlung zurückgenommen wird.

§ 20

unverändert

§ 21

Ist eine Klage oder ein sonstiger Rechtsbehelf offensichtlich unzulässig oder unbegründet und stellt die Anrufung des Gerichts einen Mißbrauch dar, so kann das Gericht dem Kläger oder demjenigen, der den Rechtsbehelf eingelegt hat, eine zusätzliche Gebühr von 20 Deutsche Mark bis 1000 Deutsche Mark auferlegen. Die Auferlegung ergeht als Teil der Entscheidung über die Verfahrenskosten.

§ 21

unverändert

III. Abschnitt

Auslagen

§ 22

(1) Schreibgebühren werden für solche Ausfertigungen und Abschriften erhoben, die nur auf Antrag erteilt werden oder die angefertigt werden, weil die Partei es unterläßt, einem von Amts wegen zuzustellenden Schriftsatz die erforderliche Zahl von Abschriften beizufügen.

(2) Die Schreibgebühr beträgt für die Seite, die 28 Zeilen von durchschnittlich 15 Silben enthält, 35 Deutsche Pfennig, auch wenn die Herstellung auf mechanischem Wege (Druck, Lichtbild) stattgefunden hat. Jede angefangene Seite wird als voll gerechnet.

§ 23

An baren Auslagen werden ferner erhoben:

1. Postgebühren
 - a) für die Übersendung der auf Antrag erteilten Ausfertigungen und Abschriften,
 - b) für Ladungen von Zeugen und Sachverständigen,
 - c) für die Übersendung der Kostenrechnung;
2. Telegrafengebühren und die im Fernverkehr zu entrichtenden Fernspreckgebühren;
3. die durch Einrückung einer Bekanntmachung in öffentliche Blätter entstehenden Kosten;
4. die an Zeugen und Sachverständige zu zahlenden Gebühren;
5. die bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle den Gerichtsbeamten und den nicht beamteten Beisitzern zustehenden Tagegelder und Reisekosten sowie die Kosten für die Bereitstellung von Geschäftsräumen;
6. die an andere Behörden oder Beamte oder Rechtsanwälte für deren Tätigkeit zu zahlenden Beträge;
7. die Kosten einer Beförderung von Personen und notwendiger Begleitung sowie die Beträge, die mittellosen Parteien, deren Vernehmung oder deren persönliches Erscheinen angeordnet ist, für die Reise zum Terminort und für die Rückreise gewährt werden;

III. Abschnitt

Auslagen

§ 22

unverändert

§ 23

unverändert

**Regierungsvorlage:
- Drucksache II/205 -**

**Fassung des Rechts- und Geschäftsordnungs-
ausschusses vom 14. Mai 1952:**

8. die Kosten einer Beförderung von Tieren und Sachen sowie der Aufbewahrung von Sachen und der Verwahrung und Fütterung von Tieren.

§ 24

(1) Sind die im § 23 Nr. 5 bezeichneten Aufwendungen (Terminkosten) durch mehrere Geschäfte veranlaßt, die sich auf verschiedene Rechtssachen beziehen, so werden die Aufwendungen auf die mehreren Geschäfte unter Berücksichtigung der Entfernungen und der auf die einzelnen Geschäfte verwendeten Zeit angemessen verteilt.

(2) Jeder Zahlungspflichtige haftet jedoch gegenüber der Staatskasse, ohne Rücksicht auf diese Verteilung, für die Auslagen, die bei gesonderter Erledigung des Geschäfts entstanden wären.

§ 25

(1) Für die von Amts wegen bewirkten Zustellungen werden diejenigen baren Auslagen erhoben, welche durch die Zustellung im Ausland oder bei der öffentlichen Zustellung durch Bekanntmachung in öffentlichen Blättern entstehen.

(2) Wird ein Zeuge oder Sachverständiger ohne Inanspruchnahme der Post geladen, so wird als Auslage der Betrag der Postgebühren erhoben, die entstanden sein würden, wenn die Ladung unter Inanspruchnahme der Post erfolgt wäre.

IV. Abschnitt

Kostenzahlung

§ 26

Die Gerichtskosten werden mit der Beendigung des Verfahrens fällig.

§ 27

(1) Das Gericht soll in der Regel Gebührenvorschüsse oder Auslagenvorschüsse erfordern und die Vornahme von Handlungen von der Einzahlung eines Vorschusses abhängig machen.

(2) Das Gericht soll dem Kläger oder demjenigen, der einen sonstigen Rechtsbehelf eingelegt hat, unter Bestimmung einer angemessenen Frist aufgeben, nachzuweisen, daß er einen nach Abs. 1 erforderlichen Vorschuß gezahlt hat. Die Frist kann auf Antrag verlängert werden. Wird der Nachweis nicht vor Ablauf der Frist erbracht, so gilt der Rechtsbehelf als zurückgenommen.

§ 28

Kostenschuldner ist

1. derjenige, dem durch eine gerichtliche Entscheidung die Kosten des Verfahrens auferlegt sind;
2. derjenige, der die Kosten durch eine vor Gericht abgegebene oder dem Gericht mitgeteilte Erklärung übernommen hat;
3. derjenige, der das Verfahren der Instanz beantragt hat.

§ 29

Schuldner der Schreibgebühren oder der Postgebühren für die Übersendung auf Antrag erteilter Ausfertigungen und Abschriften ist der Antragsteller oder die Partei, die es unterlassen hat, einem von Amts wegen zuzustellenden Schriftsatz die erforderliche Zahl von Abschriften beizufügen. Diese Auslagen werden mit Aushändigung oder Absendung der Schriftstücke fällig.

§ 24

unverändert

§ 25

unverändert

IV. Abschnitt

Kostenzahlung

§ 26

unverändert

§ 27

unverändert

§ 28

unverändert

§ 29

unverändert

**Regierungsvorlage:
- Drucksache II/205 -**

§ 30

(1) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

(2) Soweit einem Beteiligten die Kosten durch gerichtliche Entscheidung auferlegt oder von ihm durch eine vor dem Gericht abgegebene oder diesem mitgeteilte Erklärung übernommen sind, soll die Haftung der anderen Partei nur geltend gemacht werden, wenn eine Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen der ersteren erfolglos geblieben ist oder aussichtslos erscheint.

**V. Abschnitt
Schlußbestimmungen**

§ 31

Die Gebühren ermäßigen sich auf die Hälfte, wenn einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband in Angelegenheiten der öffentlichen Fürsorge die Kosten des Verfahrens auferlegt werden. Aus Billigkeitsgründen können die Gebühren in diesem Falle auch noch weiter bis auf ein Zehntel herabgesetzt werden.

§ 32

Vorschriften, nach denen das Reich, der Bund, die Länder mit Ausnahme des Landes Rheinland-Pfalz, Gemeinden oder Gemeindeverbände oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie Behörden und sonstige bestimmte Beteiligte von der Zahlung der Gerichtskosten ganz oder teilweise befreit sind, sind nicht anzuwenden.

§ 33

Die Verwaltungsvorschriften über Festsetzung, Verrechnung und Einziehung der Gerichtskosten erläßt der Ministerpräsident.

§ 34

Die Vergütung der Rechtsanwälte für ihre Berufstätigkeit bei den Verwaltungsgerichten bestimmt sich sinngemäß nach den für das Verfahren bei den ordentlichen Gerichten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten geltenden Vorschriften.

§ 35

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Es findet Anwendung auf alle beim Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängigen und seitdem anhängig gewordenen Verfahren.

§ 36

Alle diesem Gesetz widersprechenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften treten außer Kraft.

Mainz, den 1952.

Der Ministerpräsident,

Fassung des Rechts- und Geschäftsordnungsausschusses vom 14. Mai 1952:

§ 30

unverändert

**V. Abschnitt
Schlußbestimmungen**

§ 31

unverändert

§ 32

Vorschriften, durch die der Bund, die Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände oder andere juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie Behörden und sonstige bestimmte Beteiligte von der Zahlung der Gerichtskosten ganz oder teilweise befreit sind, sind nicht anzuwenden; dies gilt nicht für die Behörden des Landes Rheinland-Pfalz.

§ 33

unverändert

§ 34

unverändert

§ 35

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Es findet auch Anwendung auf die bei Inkrafttreten des Gesetzes in der Hauptsache noch nicht rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren.

§ 36

entfällt

Mainz, den 1952.

Der Ministerpräsident,